

# 2011

jahresbericht



## Jedem Frühling folgt ein Sommer

Mit einem arabischen Frühling hat das Jahr 2011 angefangen. Die öffentlichen Forderungen nach mehr Demokratie, Selbstbestimmung und politischer Teilhabe haben es auch für uns zu einem erfolgreichen Jahr gemacht, im Kleinen wie im Großen. So haben wir nach jahrelanger liebevoller Hartnäckigkeit endlich verbesserte Regeln für Volks- und Bürgerentscheide in Nordrheinwestfalen erreicht, haben gleich drei erfolgreiche Volksinitiativen in Schleswig-Holstein und Hamburg eingereicht und klagen beim Bundesverfassungsgericht gegen das neue, undemokratische Bundestagswahlrecht. Außerdem haben wir endlich eine moderate Regelung für die europäische Bürgerinitiative bekommen. Und wir haben einen spektakulären Volksentscheid über Stuttgart 21 erlebt.

Auch wenn hier und da ein politischer Wandel aufflammt – den bundesweiten Volksentscheid haben wir immer noch nicht!

Noch immer haben zu viele Machthaber in den Parlamenten zu viel Angst vor uns Bürgerinnen und Bürgern. Dabei ist der Bedarf größer denn je. Haben Sie nicht auch das Bedürfnis, durch Volksentscheide zu einer Lösung für die Euro- und Staatsschuldenkrise beizutragen oder die Verabschiedung der ins Unermessliche steigenden Rettungsschirme durch alle Bürgerinnen und Bürger zu legitimieren? Überlebt die Demokratie die Finanzkrise oder umgekehrt? Fragen, die uns jetzt zum Jahreswechsel beschäftigen und uns die Impulse für 2012 liefern. Diese Krise ist von der Politik und von Parlamenten gemacht und nur gemeinsam lösbar. Doch dazu braucht es Vertrauen und den Mut der Macht-

haber, uns Bürger an Entscheidungsprozessen zu beteiligen.

Der Frühling der Demokratie hat neue Triebe hervorgebracht. Nur wenn daraus im Sommer Blüten sprießen, können wir im Herbst die Früchte ernten. Als geübte Demokratie-Gärtner werden wir den Wachstums- und Reifeprozess begleiten!

Mit besten Grüßen

Ihre Claudine Nieth,  
Bundesvorstandssprecherin

## **März**

### **Volksbegehrensbericht und Wahlrechtsranking**

Im März veröffentlicht Mehr Demokratie den neuen Volksbegehrensbericht für das Jahr 2010 und ein aktuelles Ranking zu den Wahlrechtsregelungen in den Bundesländern.

## **20. bis 22. Mai**

### **Jahrestagung „Krieg und Demokratie“**

In Eisenach kommen Mitglieder, Interessierte und Referenten aus Wissenschaft und Praxis zusammen, um gemeinsam die Zusammenhänge von Krieg, Frieden und Demokratie zu erkunden. Ein Highlight war der Vortrag von Rupert Neudeck, der 1979 weltbekannt wurde, als er mit der Cap Anamur über 10.000 chinesische Flüchtlinge aus dem Chinesischen Meer rettete.

## **22. Mai**

### **Praxistest für Bremer Wahlrecht**

In Bremen findet im Mai die erste Wahl nach dem 2006 von Mehr Demokratie vorgeschlagenen neuen Wahlrecht statt. Von den Bürgern wird es gut angenommen. 63 Prozent der Wähler nutzen mindestens eine der neuen Möglichkeiten des Wahlrechts. Sie vergeben Personenstimmen oder wählen mehrere Parteien. Erstmals dürfen auch 16- und 17-Jährige an der Wahl teilnehmen. Das Bildungsprojekt des Bremer Landesverbandes „Demokratie macht Schule“ informiert zuvor 100 Schulklassen über das neue Wahlrecht.

## **15. Juni**

### **Reform in Brandenburg**

Mehr Demokratie wird vom Landtag als Sachverständiger zur geplanten Reform der Landesverfassung und des Volksabstimmungsgesetzes angehört. Zu diesem Anlass überreicht der Landesverband 1.000 Unterschriften für eine faire Volksgesetzgebung und schiebt die Debatte auch symbolisch mit einem sechs Meter langen REFORM-Schriftzug an. Im Dezember werden durch eine Verfassungsänderung das Wahlalter 16 und längere Sammelzeiten für Volksbegehren beschlossen.

## **30. Juni**

### **Gründung Democracy International**

Mehr Demokratie ist überzeugt: Der Verlagerung von immer mehr Entscheidungen auf die internationale Ebene muss die Demokratisierung der internationalen Politik folgen. Daher gründen 70 engagierte Menschen unter Beteiligung von Mehr Demokratie bei einer Konferenz in Brüssel den Verein Democracy International. Der Verein ist gleichzeitig Dachverband bestehender Demokratieinitiativen in Europa und Mitgliederorganisation.

## **Juni/Juli**

### **Thüringer gegen Finanztabu**

Am 23. Juni findet im Thüringer Landtag die Veranstaltung „Bürgerbeteiligung und Finanzen“ mit 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt. Veranstalter sind das 20 Organisationen starke Mehr Demokratie-Bündnis und die Fraktionen von SPD, die Linke und den Grünen. Am 21. Juli stellt Mehr Demokratie bei einer Pressekonferenz die dringliche Forderung nach einer Abschaffung des Finanztabus für Volksbegehren.

## **1. August - 4. Oktober**

### **Volksinitiativen in Schleswig-Holstein**

Das „Bündnis für mehr Demokratie in Schleswig-Holstein“ übergibt Anfang Oktober nach einem Sammelmarathon zweimal über 25.000 Unterschriften für den Ausbau der direkten Demokratie. Die Initiative „Für Volksentscheide ins Grundgesetz“ zielt darauf, dass die Landesregierung sich im Bundesrat für die Verankerung bundesweiter Volksabstimmungen im Grundgesetz einsetzt. Mit der zweiten Initiative „Für vereinfachte Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Schleswig-Holsteins Gemeinden und Kreisen“ sollen Bürgerbegehren auf Gemeindeebene per Gesetzentwurf erleichtert werden.

## **18. September**

### **Kandidatencheck Berlin**

In Berlin nehmen rund 75 Prozent aller von Mehr Demokratie befragten Direktkandidatinnen und -kandidaten am Kandidatencheck zur Abgeordnetenhauswahl teil. Im

Vorfeld der Wahl unterstützt der Landesverband Berlin/Brandenburg außerdem das Projekt „Jede Stimme“, dass den 13 Prozent ausmachenden Ausländern in Berlin, die nicht an die Urnen dürfen, zumindest eine symbolische Wahl ermöglicht.

## **28. September bis 9. Dezember**

### **Ein Transparenzgesetz für Hamburg**

Im Zusammenschluss mit Transparency International und dem Chaos Computer Club kommt Mehr Demokratie in Hamburg einem großen Ziel näher: Ein Transparenzgesetz soll das Hamburger Informationsfreiheitsgesetz ablösen. Die Volksinitiative will, anders als bei der bisherigen, bundesweit genutzten Regelung, eine Bringschuld der Verwaltung erreichen. Kernstück ist ein zentrales Informationsregister, in dem der Senat Verträge, Gutachten, Statistiken und Verwaltungsvorschriften für alle Bürger kostenlos im Internet zugänglich machen soll. Mit der Einreichung von über 15.000 Unterschriften wird im Dezember die erste Hürde genommen.

## **Oktober**

### **100 Jahre direkte Demokratie**

Am 10. Oktober feiern die Kalifornier den 100. Jahrestag der Einführung der direkten Demokratie. Aus diesem Anlass macht sich eine Gruppe mit Vertreten von Mehr Demokratie auf, um vor Ort aus der Praxis zu lernen. Positive und negative Erfahrungen fließen in die Entwicklung des modernsten und reifsten Gesetzentwurf für bundesweite Volksentscheide durch Mehr Demokratie ein. Organisiert wird die Reise vom „Initiative and Referendum Institute Europe“ und „Democracy International“.

## **14. Oktober**

### **Verfassungsbeschwerde zum Wahlrecht**

Unter dem Motto „Wählen ohne Überhang – Die Bürgerklage“ starten Mehr Demokratie und Wahlrecht.de im Oktober eine Verfassungsbeschwerde gegen das Ende September vom Bundestag beschlossene Bundeswahlrecht. Tausende Bürgerinnen und Bürger unterzeichnen die Beschwerde, mit der sich nun das Bundesverfassungsgericht befasst. Das von der schwarz-gelben



„Wählen ohne Überhang!“ forderten wir bereits im Juli, als der Bundestag die vom Bundesverfassungsgericht eingeräumte Frist für ein neues Wahlrecht verpasste. Gegen das neue, weiterhin ungenügende Wahlgesetz haben wir nun eine Bürgerklage gestartet.

Koalition entworfene neue Wahlgesetz ist nach Ansicht der Kläger in mehreren Punkten verfassungswidrig. Ein Hauptkritikpunkt ist, dass das negative Stimmgewicht – der Mechanismus, der dazu führt, dass man einer Partei schaden kann, indem man sie wählt – weiter bestehen bleibt.

### 15. Oktober

#### Demokratie-Bewegung in Leipzig

Mehr Demokratie ist ganz vorn dabei bei der wiederaufkeimenden Demokratie-Bewegung in Leipzig. Diese nimmt am 15. Oktober an dem weltweiten Aktionstag der Occupy-Bewegung für einen Wandel hin zu echter Demokratie teil.

### 31. Oktober

#### Bürgerbegehrensbericht Niedersachsen

Aus Anlass des 15-jährigen Jubiläums von Bürgerbegehren veröffentlicht Mehr Demokratie in Niedersachsen einen Bericht zu Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden. Neben einer Auswertung beinhaltet der Bericht Vorschläge für weiterhin nötige Reformen der direkten Demokratie in Niedersachsen.

### November

#### Volksabstimmung zu Stuttgart 21

Im Vorfeld der Volksabstimmung zu Stuttgart 21 sammelt Mehr Demokratie in Baden-Württemberg Unterschriften für eine „Volksabstimmung über die Volksabstimmung“. Erreicht werden soll damit insbesondere eine Abschaffung des hohen Quorums für Volksabstimmungen und eine Verbesserung der Bedingungen für Volksbegehren im Land. Die Volksabstimmung zu dem umstrittenen Bauvorhaben nimmt der Verein ganz genau unter die Lupe und publiziert einen Monitoring-Bericht, der die Fairness der Abstimmung bewertet.

### Dezember

#### Euro- und Finanzkrise

Europaweit sind die Menschen besorgt und wütend über den Abbau ihrer demokratischen Rechte. Gemeinsam mit anderen Organisationen will Mehr Demokratie aktiv werden und Konzepte entwickeln, um Europa demokratischer zu gestalten. In Diskussionen mit Mitgliedern kristallisieren sich dabei insbesondere zwei Rich-

tungen heraus: Die Forderung nach einer Volksabstimmung über die Eurorettungspolitik und nach der Einberufung eines europäischen Konvents, um die Zusammenarbeit in Europa langfristig auf ein demokratisches Fundament zu stellen.

### Dezember

#### Reform-Rekordjahr in NRW

In Nordrhein-Westfalen war 2011 das erfolgreichste Jahr in der Geschichte von Mehr Demokratie. Nach zahlreichen Aktionen des Landesverbandes senkt der Landtag im Dezember die Hürden für kommunale Bürgerbegehren und landesweite Volksbegehren. Erstmals können die Wähler außerdem ihren Bürgermeister per Bürgerbegehren und Bürgerentscheid aus eigener Initiative abwählen. Mehr Demokratie wird als Fachverband in Expertenanhörungen des Landtags befragt und nimmt im ganzen Land an Vorträgen und Seminaren zu Demokratiefragen teil.

## Tagung: Mehr Demokratie, aber wie?

Am 21./22. März 2012 veranstaltet die Friedrich-Ebert-Stiftung in Kooperation mit Mehr Demokratie eine Fachtagung zur Einführung bundesweiter Volksbegehren und Volksentscheide. Dabei soll es vor allem um die konkrete Ausgestaltung der Verfahren gehen. Wie hoch sind die Hürden auf Bundesebene anzusetzen? Über welche Themen sollen die Menschen überhaupt abstimmen können? Wie ist der Einfluss des Geldes in den Griff zu bekommen? Diese und viele andere spannende Fragen wollen wir mit Ihnen diskutieren!

Anmeldung und mehr Informationen unter <http://www.mehr-demokratie.de/tagungen.html>

## Bitte vormerken

**Sa., 05. bis So., 06. Mai 2012**  
Bundesmitgliederversammlung  
in Erfurt

**Sa., 10. bis So., 11. Nov. 2012**  
Bundesmitgliederversammlung  
in Frankfurt (Main)

Mehr Demokratie e.V.  
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin  
Telefon 030 420 823 70, Fax 030 420 823 80  
[info@mehr-demokratie.de](mailto:info@mehr-demokratie.de)

Kto. Nr. 885 81 05, BLZ 700 205 00  
Bank für Sozialwirtschaft

### Finanzüberblick 2011 (ohne Landesverbände)

	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
<b>Kampagnen</b>			
Volksinitiative SH		-17.000	
Aktionen Rheinland-Pfalz / Schleswig-Holstein / S21	500	-16.535	
Verfassungsbeschwerde Wahlrecht	11.940	-645	
MD-Mobil		-5.512	
Reform- / Lobbyarbeit		-37.588	
	<b>Saldo</b>		<b>-64.840</b>
<b>Presse- und Öffentlichkeitsarbeit</b>			
Gestaltung, Infomaterial, Honorare, Pressekonferenzen etc.	509	-75.905	
Zeitschrift für direkte Demokratie		-35.041	
Abo Einnahmen	680		
	<b>Saldo</b>		<b>-109.757</b>
<b>Verbandsinterne Demokratie</b>			
Vorstandssitzungen, Mitgliederversammlungen, Mitgliederurabstimmung		-23.073	
Beiträge der Teilnehmer	2.115		
	<b>Saldo</b>		<b>-20.958</b>
<b>Bildungsarbeit</b>			
Vorträge, Seminare, Beratung, Veranstaltung		-18.157	
Jahrestagung, Tagungshaus, Referenten, Organisation		-12.823	
Jahrestagung Teilnehmerbeiträge und Spenden	6.796		
	<b>Saldo</b>		<b>-24.184</b>
<b>Wissenschaft</b>			
Bürgerentscheidsdatenbank, Bürgerentscheids- und Volksentscheidsberichte, Rankings, wissenschaftl. Aufsätze		-15.411	
Buchproduktion "Mehr Demokratie wagen" / Jahrbuch DD	127	-3.500	
	<b>Saldo</b>		<b>-18.784</b>
<b>Verwaltung</b>			
Mitgliederverwaltung, Buchhaltung, Geschäftsführung	2.235	-69.624	
Kreditvergabe und -einnahmen	2.960	-49.985	
Bundesbürokosten Tempelhof	5.850	-6.708	
Kostenerstattung für Fördererwerbung durch Landesverbände	26.017		
	<b>Saldo</b>		<b>-89.255</b>
<b>Fundraising, Werbekosten</b>			
Fördererwerbung und Mailing Kosten		-90.793	
Druck, Honorare, Weiterbildung		-44.514	
Geldauflagen		0	
Beiträge	211.060		
Mailing Spenden	130.115		
Großspenden (ab 10.000.- Euro)	93.357		
Sonstige Spenden	38.107		
Sonstige Einnahmen	1.224		
Förderung/Stiftungen	7.235		
	<b>Saldo</b>		<b>345.791</b>
Summe	540.827	-522.814	
<b>Ergebnis 2011</b>			<b>18.013</b>
Vortrag aus dem Jahr 2010	21.824		
	<b>Kontostand 31.12.2011</b>		<b>39.837</b>